

# RT Rathaus-Telegramm



der Freien Demokraten im Reutlinger Gemeinderat

## Friedhofswege oft zu weit

**Freie Demokraten wollen Elektro-Fahrzeug für Gehbehinderte auf der Römerschanze**

Die FDP-Fraktion will älteren und gehbehinderten Menschen die Teilnahme an Beerdigungen auf dem Römerschanz-Friedhof erleichtern. Im Betriebsausschuss der Technischen Betriebsdienste regte Stadtrat Hagen Kluck die Anschaffung eines elektrogetriebenen Transportgefährts an. „Die Wege von der Feierhalle bis zu den neuen Gräberfeldern sind sehr weit“, begründete er den liberalen Vorstoß. Betreiben müsse diesen Service nicht unbedingt die Stadt selber. Kluck verwies auf eine Initiative der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner, die solche Friedhofsmobile für Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Ettlingen angeschafft habe. In Ettlingen stelle der örtliche Hospizdienst dafür ehrenamtliche Fahrer.



Mit solchen oder ähnlichen Fahrzeugen können sich auf anderen größeren Friedhöfe Gehbehinderte Menschen von den Aussegnungshallen zu den Gräbern fahren lassen.

## Klares Ja zum Öko-Konto

**FDP stimmt für „Grundstück-Vorratshaltung“ zum Ausgleich von neuen Baugebieten**

Mit den Stimmen der FDP hat der Reutlinger Gemeinderat die Einrichtung eines Öko-Kontos für die Flächen-Bevorratung für Ausgleichsmaßnahmen bei Neubaugebieten beschlossen. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, das geeignete Maßnahmen für die Vernetzung und ökologische Aufwertung von Natur und Landschaft aufzeigt. Stadträtin Regine Vohrer wies darauf hin, dass es bei der Umsetzung der Wohnbau- und gewerbeflächenoffensive immer schwieriger und zeitaufwändiger wird, für Bebauungspläne im Außenbereich die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zu finden. Das soll jetzt durch das vorerst mit 100 000 Euro ausgestattete Öko-Konto erleichtert werden.

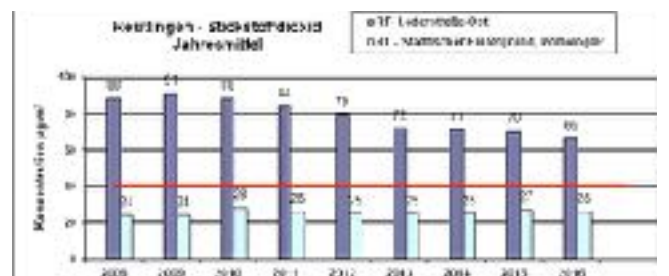


Weil eine Abdeckung vom Wind verweht wurde, kam das bereits montierte Schild zum Vorschein.

## Nur die Behörde entscheidet

**FDP sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass Verkehrsregelung Verwaltungssache ist**

Die bereits jetzt installierten – wenn auch noch zugehängten – Schilder mit „Tempo 40“ bestätigen die Auffassung der FDP-Fraktion, dass Geschwindigkeitsreduzierungen, Fahrbahnverengungen, Pfortnerampeln und ähnliches im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan keine Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung sind. Hier hat die Verwaltungsbehörde allein zu entscheiden. „Und sie hat offenbar bereits entschieden“, stellte der Fraktionsvorsitzende Hagen Kluck fest, „deshalb ist die Haltung der FDP-Gemeinderatsfraktion richtig, sich nicht an weiteren Debatten darüber zu beteiligen.“ Die FDP stehe zum Durchfahrtsverbot für Lastwagen mit Ausnahme des Lieferverkehrs und fordere weiterhin mehr Anstrengungen zur Umleitung von möglichst viel Verkehr durch den Scheibengipfeltunnel. „Es gibt immer noch zu wenig Hinweise auf die jetzt vorhandene Ortsumgehung“, bemängelt Stadtrat Dr. Knut Hochleitner, „wir brauchen auch eine konzertierte Aktion zur besseren Aktualisierung der Navigations-systeme“. Je schneller die Möglichkeit der Umgehung Reutlingens in den Köpfen vor allem der Lkw-Fahrer sei, desto rascher komme man von der Stickoxid-Belastung herunter. Stadträtin Regine Vohrer ist sich mit dem FDP-Stadtverbandsvorsitzenden Jürgen Robert Klein einig, dass es nicht weiter helfe, wenn sich Teile des Gemeinderates und die Stadtverwaltung über das Für und Wider einzelner Maßnahmen streiten. Der Luftreinhalteplan eigne sich auch nicht als Wahlkampfthema für die im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen. Die notwendigen Entscheidungen treffe allein die Verwaltungsbehörde, die dann auch allein die Verantwortung dafür trage.



Jahresmittelwerte an der Lederstraße (dunkelblau) und in der Pomologie. Erlaubt sind maximal erlaubt: 40 µg/m<sup>3</sup>

## Liberales wollen Stadtkreis FDP-Kreisrat Kluck bekräftigt in Wannweil am Aschermittwoch Ja zur Eigenständigkeit

Bei der Aschermittwochs-Polit-Party in Wannweil nahm FDP-Kreisrat Hagen Kluck die aktuell wieder aufgeflammete Debatte über einen Stadtkreis Reutlingen aufs Korn. Auch als Stadtkreis werde Reutlingen das gute Verhältnis zu den Nachbarkommunen bewahren. Die gemeinsamen Gewerbegebiete mit Kirchentellinsfurt und Kusterdingen zeigten ja, dass ein gutes Miteinander nicht an eine Kreiszugehörigkeit gebunden sei. Wannweil müsse sich auch nicht nach Tübingen „umkreisen“ weil es dann auf der Landkarte nicht mehr direkt mit dem Rest-Kreis verbunden wäre. „Es wird auch künftig keine Zäune und Mauern, keinen Zollschranken und Schlagbäume geben,“ versicherte Kluck. Mit 116 000 Einwohnern sei Reutlingen nun mal Großstadt. Als Stadtkreis bekäme Reutlingen mehr Landeszuweisungen und könnte die großstädtische Infrastruktur für Bürgerschaft und Besucher besser gestalten. Bisherige Doppelbelastungen entfallen. „Heute zahlt Reutlingen 43 % der Kreisumlage, rund 50 Millionen Euro“, rechnete Kluck vor, „das nächstgrößere Metzingen zahlt 8,6 %“. Ohne Reutlingen wäre der Kreis keineswegs pleite. Er müsse nicht mehr für Reutlinger zahlen, wie er das jetzt vor allem im Sozial- und Jugendhilfe-Bereich mit rund 50 Millionen Euro tue. Der Kreis täte sich ohne das Gefälle zwischen Großstadt und ländlichem Raum leichter. Kluck betonte, dass die Reutlinger nichts Ungehöriges verlangen. In Paragraph 3 der Gemeindeordnung stehe klipp und klar: „Durch Gesetz können Gemeinden auf ihren Antrag zu Stadtkreisen erklärt werden“. Reutlingen habe ein Recht auf Gleichbehandlung. Kliniken, Sparkasse und berufliche Schulen würde man gemeinsam tragen. Auch das Auto-Kennzeichen bleibe für Stadt- und Landkreis mit RT gleich. Das sei im Alb-Donau-Kreis (UL) und im Enzkreis (PF) ebenso. Zum Landratsamt könnten Wannweiler weiterhin nach Reutlingen. Man liebäugle dort schon jetzt mit einem Neubau – „egal wie’s ausgeht“.



Hagen Kluck beim Politischen Aschermittwoch der Liberalen in Wannweil. Hinter ihm der örtliche FDP-Vorsitzende und Gemeinderat Helmut Bader.



Regine Vohrer und Dr. Knut Hochleitner sind für die Bildung eines Stadtkreises Reutlingen.

## Klares Votum für Stadtkreis Freie Demokraten im Reutlinger Gemeinderat sehen Stellungnahmen der Kammern positiv

„Aus Sicht der Wirtschaft ist es zweitrangig, welche Verwaltung eine bestimmte Aufgabe erledigt“, heißt es in der IHK-Stellungnahme zur Stadtkreisgründung, „für die Unternehmen sind konkretes Verwaltungshandeln Wirtschaftsnähe, Effizienz und Kosten von größerer Bedeutung“. Auch die Handwerkskammer erkenne keine „Vor- und Nachteile bei möglicher Auskreisung“. Die FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen wertet diese Stellungnahmen positiv. Regine Vohrer sieht „klare Zuständigkeiten, kurze Wege und qualifiziertes Personal in den Behörden“ als sehr wichtig für Wirtschaft und Bürgerschaft an. Genau das sei einer der Hauptgründe, warum Reutlingen den Antrag auf Gründung eines Stadtkreises gestellt habe. Dr. Knut Hochleitner warnt vor Fehlinterpretationen der IHK-Umfrage. 68 Prozent der Reutlinger Unternehmen, die sich überhaupt an der Umfrage beteiligt hätten, würden die Folgen der Stadtkreisgründung für ihre Firma positiv oder neutral bewerten. Für die Unternehmen im Landkreis ändere sich ohnehin nichts, wenn Reutlingen Stadtkreis werde.



### Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen  
(Regine Vohrer, Dr. Knut Hochleitner, Hagen Kluck)  
Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen  
Tel: (07121) 503482 – Fax 577568 - Mail: [hagen-kluck@gmx.de](mailto:hagen-kluck@gmx.de)